

# „WIR INVESTIEREN FÜR DEUTSCHLAND“ DENN DIE MERKEL-REGIERUNG MACHT DAS NICHT

**Die Merkel-Regierung macht 100 Milliarden Euro neue Schulden. Sie verschleudert Geld für Hoteliers und für ein Betreuungsgeld, das Müttern und Vätern billig den Kita-Platz abkaufen soll. Gleichzeitig hinterlässt die Merkel-Regierung marode Straßen, hochverschuldete Gemeinden, ein unterfinanziertes Bildungssystem. Regieren geht anders. Deutschland braucht Zukunftsinvestitionen und eine solide Finanzierung.**

Peer Steinbrück und führende Sozialdemokraten aus den Ländern werden mit einem **Investitionspakt** die chronische Mangelverwaltung von Schwarz-Gelb beenden.

## „WIR investieren für Deutschland“

- ▶ **Infrastruktur:** Für die Sanierung von Brücken, Straßen, Schienen und Wasserwegen sind mindestens **2 Milliarden Euro** notwendig.
- ▶ **Gemeinden:** Um 10 Prozent sind im vergangenen Jahr die Sachinvestitionen der Kommunen gesunken. Denn die meisten sind hochverschuldet, insgesamt um fast **130 Milliarden Euro**. Das bedeutet: Schwimmbäder und Bibliotheken werden geschlossen, Gebühren erhöht. Die SPD wird die Kommunen bei Sozialleistungen entlasten und ihre Einnahmen verbessern. Auch die von der Merkel-Regierung drastisch gekürzte Städtebauförderung wird wieder erhöht.
- ▶ **Bildung:** Bessere Schulen und Kitas – für alle. Dafür wird die SPD investieren. Schrittweise um bis zu **20 Milliarden Euro**. Das geht nur, wenn Bund, Länder und Kommunen wieder besser zusammenarbeiten können. Und wenn das Betreuungsgeld wieder abgeschafft wird.

Das braucht eine **solide Finanzierung** – ohne neue Schulden. Darum wird die SPD bei einigen die Steuern erhöhen. **Das trifft nicht die Mittelschicht, sondern nur Spitzenverdiener:**

- ▶ Der **neue Spitzensteuersatz** von 49 % wird fällig ab einem Einkommen von 100.000 für Singles und 200.000 bei Ehepaaren.
- ▶ Das heißt: Durch den Progressionsverlauf müssen Familien erst bei einem Jahresbruttoeinkommen von **138.000 Euro** mehr zahlen – und zwar: **17 Cent im Monat!**
- ▶ **95 Prozent der Steuerpflichtigen sind nicht betroffen.** Wie zum Beispiel Facharbeiter, Lehrerinnen und Lehrer, Industriemeister und viele andere.

**DAS WIR ENTSCHEIDET.**